

# Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
V/50/WM021 T.2442

Verantwortliche/r:  
Sozialamt

Vorlagennummer:  
**50/121/2018**

## **Tariferhöhungen im ÖPNV; Ausgleich des Erhöhungsbetrages für ErlangenPass Inhaber/innen**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	10.10.2018	Ö	Empfehlung	einstimmig angenommen
Sozial- und Gesundheitsausschuss	10.10.2018	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

### Beteiligte Dienststellen

ESTW

#### **I. Antrag**

1. Die Kosten für den ÖPNV erhöhen sich zum 01.01.2019 um durchschnittlich 2,7%. Für ErlangenPass Inhaber/innen soll diese Tariferhöhung bei den ermäßigten Tickets durch höhere städtische Zuschussmittel ausgeglichen werden. Die Kosten für die ErlangenPass Inhaber/innen bleiben damit unverändert.
2. Die benötigten Haushaltsmittel sind bereits im Kämmereientwurf für das Sozialamtsbudget 2019 einkalkuliert; eine Anhebung des Haushaltsansatzes für 2019 ist nicht erforderlich.

#### **II. Begründung**

ErlangenPass Inhaber/innen können mit Vorlage des ErlangenPasses verschiedene Busfahrkarten zu einem ermäßigten Preis erwerben. Sowohl die vier Zeitkarten (Solo 31, Abo 3, Abo 6 und Jahresabo) wie auch die 4- Streifenkarten für Kinder und Erwachsene können von Inhaber/innen des ErlangenPasses zu einem um ca. 30 % reduzierten Preis erworben werden.

Die ermäßigten Tickets werden von den ErlangenPass Inhaber/innen stark genutzt; die Inanspruchnahme und damit auch die von der Stadt übernommenen Kosten steigen jährlich an. Die Zahlen für das Kalenderjahr 2017 können der Anlage 01 und 02 entnommen werden. Der städtische Zuschuss belief sich im Kalenderjahr 2017 auf 127.867,50 €.

Zum 01.01.2019 stehen im ÖPNV wieder Tarifierhebungen an; alle mit dem ErlangenPass ermäßigten Tickets sind von dieser Tarifierhöhung betroffen.

In Anlage 03 wurde eine Vergleichsberechnung erstellt: bei Übernahme der durch die Tarifierhöhung bedingten Mehrkosten durch die Stadt Erlangen wird sich der Zuschuss der Stadt Erlangen um ca. 10.000 €/ Jahr erhöhen. Die Details können der Anlage entnommen werden.

Trotz der für die Stadt anfallenden zusätzlichen Kosten sprechen folgende Gründe für eine Übernahme der Kosten durch die Stadt:

- Eine weitere Anhebung des Budgets ist nicht erforderlich; der Betrag von ca. 10.000 € kann aus dem kalkulierten Sozialamtsbudget 2019 getragen werden
- Attraktive Angebote, insbesondere im Bereich „öffentlicher Nahverkehr“ machen den ErlangenPass für alle Altersgruppen, auch für Senior/innen attraktiv.
- Mobilität ist für alle Bevölkerungsschichten Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ermäßigte Preise ermöglichen mehr Mobilität und damit mehr Teilhabemöglichkeiten.

Die Verwaltung schlägt daher vor, dass die Tarifierhöhungen durch eine Erhöhung des städtischen Zuschusses aufgefangen werden

**Anlagen:** Anlage\_01: 17-Abrechnung ESTW-Bus-1.Halbjahr  
Anlage\_02: 17-Abrechnung ESTW-Bus-2.Halbjahr  
Anlage\_03: Hochrechnung ESTW – Bus 18

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Sozialbeirat am 10.10.2018

#### **Ergebnis/Beschluss:**

1. Die Kosten für den ÖPNV erhöhen sich zum 01.01.2019 um durchschnittlich 2,7%. Für ErlangenPass Inhaber/innen soll diese Tarifierhöhung bei den ermäßigten Tickets durch höhere städtische Zuschussmittel ausgeglichen werden. Die Kosten für die ErlangenPass Inhaber/innen bleiben damit unverändert.
2. Die benötigten Haushaltsmittel sind bereits im Kämmererentwurf für das Sozialamtsbudget 2019 einkalkuliert; eine Anhebung des Haushaltsansatzes für 2019 ist nicht erforderlich.

mit 3 gegen 0 Anwesend 3 Stimmen

Dr. Preuß  
Vorsitzende

Zrenner-Forstner  
Schriftführerin

Beratung im Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss am 10.10.2018

#### **Ergebnis/Beschluss:**

1. Die Kosten für den ÖPNV erhöhen sich zum 01.01.2019 um durchschnittlich 2,7%. Für ErlangenPass Inhaber/innen soll diese Tarifierhöhung bei den ermäßigten Tickets durch höhere städtische Zuschussmittel ausgeglichen werden. Die Kosten für die ErlangenPass Inhaber/innen bleiben damit unverändert.
2. Die benötigten Haushaltsmittel sind bereits im Kämmererentwurf für das Sozialamtsbudget 2019 einkalkuliert; eine Anhebung des Haushaltsansatzes für 2019 ist nicht erforderlich.

mit 9 gegen 0 Anwesend 9 Stimmen

Dr. Preuß  
Vorsitzende

Zrenner-Forstner  
Schriftführerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang